

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 240 Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: wöchentlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 5.—, wöchentlich 3 Loty 1.25; Ausland: monatlich 2 Loty 2.—, jährlich 19 Loty 96.—, Einzelnummer 20 Groschen. Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109. Telefon 136-90. Postfachkonto 63.506. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30-3.30.

Anzeigenpreise: Die sechspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreispaltige Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Loty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Kaum geboren und schon tot.

Der deutsch-österreichische Zollpakt wird liquidiert.

Genf, 2. September. Die letzten Tage bis zu der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Europa-Kommission und der auf Sonnabend festgesetzten Ratssdebatte über den deutsch-österreichischen Zollunionsplan sind fast ausschließlich Besprechungen zwischen den Außenministern gewidmet. Die bisher direkt zwischen Dr. Curtius und Schöber geführten Verhandlungen sind seit gestern Abend auf den Vertreter Frankreichs Francois Poncet ausgedehnt worden. Auf französischer Seite zeigt man große Zurückhaltung hinsichtlich der Haltung, die Frankreich in den kommenden Beratungen des Zollunionsplans und in der Europakommission sowie auch im Völkerbundrat einnehmen wird. Jedoch kann nicht daran gezweifelt werden, daß die französische Forderung auf einen grundsätzlichen und endgültigen Verzicht Deutschlands und Oesterreichs auf die Zollunionsidee auch in den laufenden Verhandlungen mit Curtius und Schöber keinerlei Veränderungen erfahren hat.

Der österreichische Außenminister Schöber stattete am Mittwoch dem italienischen Außenminister Grandi in dessen Hotel einen längeren Besuch ab, bei dem in erster Linie die Erklärung zur Erörterung stand, die Dr. Schöber in der Sitzung des Europaausschusses und im Rat zur Zollunionsfrage abgegeben wird.

Es soll eine bisher streng geheimgehaltene Formel ausgearbeitet worden sein,

zu der jetzt die Zustimmung der unmittelbar interessierten Regierungen eingeholt wird. Diese Formulierung ist in den heutigen Vormittagsunterredungen zwischen Schöber und Grandi sowie Curtius und Francois Poncet bereits eingehend zur Sprache gekommen. Die großen Schwierigkeiten bestehen nach wie vor in der französischen Forderung auf den ausdrücklichen Verzicht Oesterreichs auf jede Zollunion mit Deutschland, während diese Forderung für Deutschland und Oesterreich nicht annehmbar erscheint. Es wird nunmehr versucht werden, bis zum heutigen Mittwochabend eine Einigung zwischen der deutschen, französischen, englischen, italienischen und österreichischen Abordnung über die Formulierung zustande zu bringen. Der Kampf um die Formel, die Frankreich von Oesterreich verlangt, geht damit weiter.

Der Verzicht auf die deutsch-österreichische Zollunion wird heute besiegelt.

Genf, 2. September. Reichsaußenminister Curtius und der österreichische Außenminister Schöber werden, wie in den am Mittwoch geführten Verhandlungen mit den übrigen Abordnungen vereinbart worden ist, am Donnerstag während der allgemeinen Aussprache im Europaausschuß die vorgesehenen Erklärungen über den Zollunionsplan abgeben. In diesen Erklärungen wird, wie man nunmehr hört, zum Ausdruck kommen, daß seit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Zollprotokolls eine grundlegende Umgestaltung in der gesamten europäischen Lage eingetreten sei und die beiden Regierungen daher beschloffen hätten, im Hinblick auf die vom Europaausschuß verfolgten Ziele einer allgemeinen europäischen Zollangleichung und einer Erweiterung des europäischen Marktes den Plan der zweiseitigen deutsch-österreichischen Zollunion zurückzustellen. Ein irgendwie gearteter Verzicht auf den Gedanken der deutsch-österreichischen Zollunion für die Zukunft soll in den beiden Erklärungen nicht zum Ausdruck kommen.

In den am Mittwoch den ganzen Tag über fortgesetzten Verhandlungen ist ferner vereinbart worden, daß die Verhandlungen im Rat über das Haager Gutachten nunmehr erst am Montag nachmittag nach der zweiten Sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes stattfinden werden. Der deutsch-österreichische Zollunionsplan wird hierbei den einzigen Punkt der Tagesordnung bilden. Das Gutachten Oesterreichs beim Völkerbund um Finanzhilfe wird dagegen im Rat bereits am Freitag und somit be-

zeichnenderweise nach der Abgabe der österreichischen Erklärung über Zurückstellung des Zollunionsplanes zur Sprache gelangen.

Um den Wortlaut der österreichischen Schlussklärung.

Diplomatische Wortklauberei.

Genf, 2. September. Die den ganzen Mittwoch über fortlaufend geführten Verhandlungen über die Schlussklärung des österreichischen Außenministers Schöber bezüglich des Zollunionsplanes, die abschnittsweise in deutsch-österreichischen, deutsch-französischen und deutsch-italienischen Besprechungen geführt wurden, sind Mittwoch nachmittag in einer gemeinsamen Unterredung in den Räumen des deutschen Untergeneralsekretärs Schur-Feronce weiter fortgesetzt worden, an der von deutscher Seite Curtius und Gaus, von österreichischer Seite Schöber und der österreichische Rechtsberater, ferner Poncet und Matilde teilnahmen. Es verlautet, daß noch immer die Formulierung der österreichischen Erklärung auf große Schwierigkeiten stößt und hierbei die Formulierung der Zurückstellung des Zollunionsplanes mit den Worten „pour le moment“ von französischer Seite nach wie vor als nicht genügend abgelehnt wird.

Freitag trifft das Haager Gutachten über den Zollunionsplan in Genf ein.

Genf, 2. September. Der Generalsekretär des internationalen Haager Gerichtshofes Hamersköld hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß das Gutachten des Gerichtshofes über den Zollunionsplan voraussichtlich am Freitag mit dem Flugzeug nach Genf abgesandt werden wird. Es werde dann am späten Freitagabend in Genf eintreffen und könne in der für Sonnabend vorgesehenen Ratssitzung zur Verhandlung gelangen.

Regierungsumbildung in Jugoslawien.

Belgrad, 2. September. Die jugoslawische Regierung ist heute umgebildet worden. Der Außenminister und der Justizminister sind zurückgetreten. Zu Ministern ohne Portefeuille sind ernannt worden: Kostic, gewesener Minister und ehemaliger Ministerpräsident — demokratische Partei. Dr. Boletschek, gewesener Minister und Mitglied der Ribitschewitsch-Partei, Stenitsch, gewesenes Mitglied der radikalen Partei, Pucelj, gewesener Minister und Mitglied der Raditsch-Partei, ferner Matica, gewesenes Mitglied der radikalen Partei und Dr. Begowitsch, mohammedanischer Staatsrat. Zum Außenminister wurde Dr. Kramer, Gesandter in Prag, gewesenes Mitglied der Ribitschewitsch-Partei, zum Justizminister Dr. Dragutin Kotic, gewesener Minister und Anhänger Paschitsch, ernannt. Sämtliche Minister haben bereits am Mittwoch nachmittag den Eid abgelegt. Die Meldung hat in Belgrad wie eine Sensation gewirkt. Man erwartet im Laufe der Nacht noch wichtige Erklärungen über Regierungsmaßnahmen.

Chemische Fabrik durch Explosion vernichtet.

Paris, 2. September. In einer chemischen Fabrik in Bezons bei Paris ereignete sich heute vormittag ein schweres Explosionsunglück. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest. Bis jetzt wurden zwei Tote und 35 Verletzte gezählt.

Die Explosion erfolgte gegen 11 Uhr. Sie war so heftig, daß das Gebäude völlig in Trümmer gelegt wurde. Ein großer Teil der in dem Fabrikgebäude beschäftigten Arbeiter wurde unter den zusammenbrechenden Mauern begraben. Feuerwehr und Polizei, die alsbald die Aufräumarbeiten begannen, konnten bis jetzt 2 Tote und

Die Sprache des französischen Goldes

Der Verzicht auf den deutsch-österreichischen Zollpakt.

Nachrichten aus Genf, Paris, Wien und Berlin lassen keinen Zweifel darüber, daß die französische Regierung gewonnen ist, Deutschland und Oesterreich, die beide finanziell auf ausländische Hilfe angewiesen sind, zum Verzicht auf den Plan der Zollgemeinschaft zu nötigen.

Paris ist heute das finanzielle und politische Zentrum Europas. Die Bank von Frankreich ist die stärkste Machtposition des Kapitalismus in Europa, die durch die Krise völlig unerschütterlich blieb. Die durch diese wirtschaftliche Macht verstärkte politische Vorherrschaft Frankreichs in Europa hat seit dem Sturz der englischen Arbeiterregierung kein Gegengewicht.

Auf der andern Seite stehen Deutschland und Oesterreich in schwerer wirtschaftlicher Not. Deutschland braucht mindestens die Stillhaltung der ausländischen Kredite, Oesterreich noch mehr. Die hundertfünfzig Millionen Schatzscheine, auf die die englischen Banken Oesterreich einen Vorstoß gegeben haben, sind noch immer nicht untergebracht; als Folge der letzten Ereignisse in England aber wurde jetzt dieser Vorstoß gekündigt und muß in Raten zurückgezahlt werden. Außerdem hat die österreichische Nationalbank einen Hundertmillionenkredit der Bank für internationale Zahlungen, dessen Verlängerung dringend nötig ist, und die österreichische Wirtschaft wartet noch immer auf den zweiten Teil der vor einem Jahre bewilligten internationalen Investitionsanleihe.

Zur Zeit als die Kreditanfalltskrise auf dem Höhepunkt war, hat Frankreich Oesterreich in sehr scharfer Form wissen lassen, daß es auf Geld — und Geld ist heute nur in Paris — nur hoffen könne, wenn es sich politischen Bedingungen unterwerfe; dieses scharfe Ultimatum hat die österreichische Regierung damals abgelehnt. Aber die Unterstützung Englands, die diese Ablehnung ermöglichte — eben durch die Gewährung des Vorstoßes auf die Schatzscheine —, ist seither weggefallen. Die finanzielle Not aber hat sich verschärft, und so sind die deutsche und die österreichische Regierung gezwungen, in einer die Würde ihrer Staaten wahren den Form den französischen Wunsch zu entsprechen.

Eine große Rolle dabei spielt das Gutachten des Haager Gerichtshofes, der zur Entscheidung über die rechtliche Zulässigkeit des Zollunionsplanes im Hinblick auf die bestehenden internationalen Verträge angerufen wurde. Diese Entscheidung soll jetzt bekanntgegeben werden. Sie sollte die Grundlage der weiteren politischen Diskussion und Aktion bilden. Nun haben aber Deutschland und Oesterreich erklärt, daß sie im gegenwärtigen Augenblick auf die Fortführung der Aktion verzichten, da der deutsch-österreichische Plan in einen allgemeinen europäischen Zollangleichungsplan eingegliedert werden soll. Beide Staaten haben übrigens bereits bei der ersten Debatte im Völkerbundrat erklärt, daß sie den Plan der Zollgemeinschaft nur als ersten Schritt zu einer umfassenden Reorganisation der europäischen Wirtschaftsbeziehungen aller Staaten aufgefaßt wissen wollen.

Dieses Entgegenkommen gegenüber Frankreich ist eine durch die Macht der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen erzwungene Kapitulation der deutschen und österreichischen Regierung.

35 Verletzte, darunter zahlreiche Schwerverletzte, bergen. Die Zahl der noch unter den Trümmern liegenden Opfer ist noch unbekannt. Da aus den Trümmern fortgesetzt Stöhnen dringt, hofft man, einen Teil der Vereschütteten noch lebend bergen zu können. Ersthilfearbeiten werden durch, daß sofort nach der Explosion Feuer ausbrach. Eine benachbarte Fabrik ist durch die Explosion schwer in Mitleidenenschaft gezogen worden. An der Unglücksstätte sind mehrere Feuerwehrrzüge aus Paris tätig.

Wieder ein Offizierspion zum Tode verurteilt.

Eine neue Spionageaffäre in Brest aufgedeckt. — Ein Offizier im Ruhestand als Verbindungsmann.

Noch ist das Echo der Spionageaffäre des Generalstabsoffiziers Demlowski nicht verklungen, als schon wieder ein aktiver Offizier des polnischen Heeres als Spion entlarvt und verurteilt wurde. Durch die Affäre Demlowski beunruhigt, haben die hohen militärischen Stellen die Beobachtung aller in wichtiger militärischer Eigenschaft tätigen Offiziere angeordnet. Im Ergebnis dessen wurde der Leiter des Referats für militärische Pläne beim Korpsbezirkskommando in Brest Leutnant Humnicki dabei überrascht, als er mit Vertretern des sowjetrussischen Geheimdienstes zusammen war.

Man ist auf Humnicki besonders dadurch aufmerksam geworden, daß vor einiger Zeit an der polnisch-russischen Grenze ein russischer Rundschaffter festgenommen wurde, bei dem man photographische Aufnahmen verschiedener

militärischer Dokumente vorfand. Die nähere Untersuchung dieser Dokumente ergab, daß sie aus Brest stammen. Der Verdacht richtete sich daher in erster Linie gegen Leutnant Humnicki, den man schließlich im entscheidenden Moment überraschte. Humnicki wurde in Warschau festgenommen. Nach der Entlarbung Humnickis wurde auch der im Ruhestand befindliche Kapitän Rudnicki verhaftet, der die Rolle eines Verbindungsmannes zwischen Humnicki und dem sowjetrussischen Geheimdienst vertrat.

Gleich nach der Verhaftung wurden beide Offizierspione vor das militärische Standgericht in Brest gestellt. Humnicki als aktiver Offizier wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt, während die Angelegenheit Rudnickis dem Zivilgericht überwiesen wurde.

Der einzige Ausweg aus der Misere:

Wirtschafts- und zollpolitische Europaunion.

Der Bericht des großen Koordinationsausschusses.

Genf, 2. September. Der große Koordinationsausschuß des Europaausschusses hat seine Arbeiten am Mittwoch mit der Annahme eines Berichtes abgeschlossen, der der am Donnerstag beginnenden Tagung des Europaausschusses zur Beratung vorgelegt wird. Der Bericht behandelt in einer zusammenfassenden Uebersicht die Berichte der einzelnen Ausschüsse und unterstreicht die dringende Notwendigkeit, in Europa zu einer Wiederherstellung des Vertrauens zu gelangen. Selbst nach Ueberwindung der gegenwärtigen Krise würde Europa zu einer wahrhaft wirtschaftlichen Erneuerung erst dann gelangen, wenn die traditionelle Auffassung der getrennten nationalen Wirtschaftseinheiten endgültig überwunden wird und

die Annäherung der europäischen Staaten zu einer vollständigen wirtschafts- und zollpolitischen Union Europas führt. Es wäre zweifellos außerordentlich schwierig unter den gegenwärtigen Umständen von denjenigen Staaten, die auf schwerste mit der allgemeinen Krise zu kämpfen haben, eine Abschwächung ihrer Schutzmaßnahmen zu verlangen. Jedoch mußte die Gesinnung der wirtschaftlichen Verteidigung einer neuen konstruktiven Gesinnung Platz machen.

Der russische Außenkommissar Litwinow erklärte noch einmal, daß er seine grundsätzlichen Vorbehalte gegen die Vorzugszollverträge uneingeschränkt aufrecht erhalte und im Europaausschuß von neuem vorbringen werde.

Das internationale Schuldenproblem.

New York, 2. September. Die New Yorker Presse beschäftigt sich heute erneut mit der Schuldenfrage. Es wird darauf hingewiesen, daß es zur Aufrollung der Schuldenfrage der Anregung von europäischer Seite bedürfe. Präsident Hoover hat, wie die „New York Times“ mitteilt, keineswegs die Absicht, den Alliierten einen Nachlaß ihrer Schulden an Amerika zu gewähren, so lange Deutschland nicht eine entsprechende Ermäßigung erhält. Es steht jedoch fest, daß Hoover selbst in diesem Falle keineswegs großzügig sein wird, weil die ungünstige Lage des amerikanischen Staatshaushalts bei einer Fortdauer der gegenwärtigen Krisis über kurz oder lang eine scharfe Steuererhöhung erforderlich macht. In der Zwischenzeit wird den europäischen Nationen nahe gelegt, die politischen Beziehungen untereinander zu verbessern und dann unter sich eine Einigung über die Schulden zu erzielen. Erst nach

einer solchen Einigung sollte Washington wieder angezogen werden.

Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika.

Paris, 2. September. Finanzminister Flandin, der ursprünglich am Dienstagabend Paris verlassen wollte, um sich nach Genf zu begeben, hat sich wegen dringender Geschäfte gezwungen gesehen, seine Abreise bis auf den heutigen Mittwochabend zu verschieben. Flandin empfing am Dienstag den amerikanischen Botschafter in Paris, mit dem er eine eingehende Aussprache hatte. Wie der „Petit Parisien“ wissen will, hat man sich in sehr eingehender Weise mit dem internationalen Schuldenproblem unter besonderer Berücksichtigung der Finanzkrise in Deutschland befaßt.

Französischer Ministerbesuch in Berlin Ende September.

Genf, 2. September. Die französische Regierung hat am Mittwochabend durch den Botschafter Francois Boncet dem Reichsaußenminister mitteilen lassen, daß der Besuch des Ministerpräsidenten Laval und des Außenministers Briand in Berlin am 26. und 27. September stattfinden wird.

Wann erfolgt der italienische Gegenbesuch in Berlin?

Der Besuch der italienischen Minister in Berlin in Erwiderung des römischen Besuchs von Brüning und Cur-

tius soll in den heutigen Unterredungen gleichfalls zur Sprache kommen. Auf italienischer Seite wird erklärt, daß der Zeitpunkt für den Besuch der italienischen Minister bisher noch nicht festgesetzt sei und von dem weiteren Verlauf der für die nächsten Monate zu erwartenden großen internationalen Verhandlungen abhängig sei.

Deutsche Flieger von Hoover empfangen.

New York, 2. September. Die Offiziere des im New Yorker Hafen liegenden deutschen Flugschiffs „Do X“ werden am heutigen Mittwoch vom Präsidenten Hoover im Weißen Hause in Washington empfangen werden.

Spanien zieht die Diktatoren zur Verantwortung

Madrid, 2. September. Auf Antrag der parlamentarischen Verantwortlichkeitskommission verhaftete die Polizei sämtliche erreichbaren Generale, die Mitglieder des ersten Direktoriums Primo de Rivera waren, sowie den letzten Oberkommissar in Marokko General Jordana. Insgesamt wurden ins Militärgefängnis 8 Generale eingeliefert. Weitere sensationelle Verhaftungen stehen bevor.

Die Unruhen hören nicht auf.

Madrid, 2. September. Aus Saragoja werden Unruhen gemeldet. Nach blutigen Zusammenstößen

zwischen Linksradiakalen und der Polizei war gestern der Generalstreik in Saragoja ausgerufen worden. In den Straßen wurden Barrikaden errichtet, von denen aus streikende Arbeiter die Polizei mit Steinen bedarfen. Zahlreiche Polizeibeamte wurden verletzt, mehrere Streikende wurden verhaftet.

In Valencia zertrümmerten streikende Kellner die Einrichtungen zahlreicher Kaffeehäuser.

Aus Barcelona wird gemeldet, daß Gefangene in den Hungerstreik getreten sind.

Die Regierung will mit aller Energie gegen die Syndikalisten vorgehen.

Nachwehen des Mordes in Teustawiet.

Der Wojewodschaftspolizeikommandant in Lemberg, Grabowski, wurde auf denselben Posten in Kielce versetzt. Der Starost von Drohobycz wurde ebenfalls nach Kielce versetzt. Beide Versetzungen stehen im Zusammenhang mit der Ermordung des Abg. Polowko.

Eine weitere Verhaftung.

Gestern wurde das Zimmermädchen der Villa in Truskawiec, in der der ermordete Abg. Polowko gewohnt hat, verhaftet.

Das Präsidium des Arbeitslosenhilfskomitees.

Gestern fand eine Sitzung des Ministerrats statt, in welcher der Hilfsplan für die Arbeitslosen endgültig beschlossen wurde. Der Ministerrat ernannte bei dieser Gelegenheit auch das Präsidium des Arbeitslosenhilfskomitees, und zwar die ehemaligen Minister Klarner und Jurkiewicz sowie Swanowski.

Polnische Stadt mit jüdischer Mehrheit.

In Slonim fanden am Sonntag Stadtratwahlen statt, die folgendes Ergebnis zeitigten: Jüdische Handwerker 2 Mandate, jüdische Hansbestzer 1 Mandat, jüdischer „Bund“ — 3, jüdischer Bürgerblock — 7, Arbeiterliste — 2 Mandate, Liste für sachliche Selbstverwaltungsarbeit 1 Mandat und Vereinigte Liste der Christen und Mohammedaner — 6 Mandate.

Die Juden besitzen im Stadtrat von Slonim also die absolute Mehrheit.

Keine Entspannung der italienisch-französischen Gegenläufe.

Die kürzlich in Rom überreichte neue Denkschrift der französischen Regierung über die italienisch-französischen Gegenläufe in der Seeabrüstung wird auf italienischer Seite noch nicht als eine wesentliche Entspannung bezeichnet. Die Verhandlungen sollen jetzt in Genf zwischen italienischen und französischen Marinefachverständigen aufgenommen werden.

Artur Fontaine gestorben.

Paris, 2. September. Der Präsident des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes, Generalinspektor Artur Fontaine, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Fontaine war gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der Dominial-Gruben des Saar-Gebietes.

Macdonald bleibt Abgeordneter entgegen dem Willen seiner Wähler.

London, 2. September. In einem Schreiben an seinen Wahlkreis Seaham lehnt Ministerpräsident Macdonald es ab, der Aufforderung wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalregierung sein Mandat niederzulegen, nachzukommen.

Mussolinis Sieg über den Papst.

Zur Einigung zwischen Vatikan und italienischer Regierung.

Rom, 2. September. Am Mittwoch mittag um 12 Uhr 30 sind die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der faschistischen Regierung erfolgreich abgeschlossen worden. Es handelte sich dabei um die genaue Niederlegung der Erläuterung zu dem Art. 43 des Konkordats über die katholischen Gesellschaften und besonders der katholischen Aktion. Eine amtliche Verlautbarung darüber dürfte in Kürze zu erwarten sein.

Die Einigung zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung wird in Rom als ein bedeutendes Entgegenkommen der Kurie gewertet, da die katholische Aktion durch die dem Abkommen zugrundeliegenden Bestimmungen einen Teil ihres bisherigen Charakters einbüßt. In dem Abkommen wird u. a. bestimmt, daß die italienische katholische Aktion unmittelbar mit den Diözesen zusammenhängen und unmittelbar von den Bischöfen abhängen solle. Diese sollen die geistlichen und weltlichen Führer aus der Mitte der Vereinigung wählen. Es können nur Führer gewählt werden, die keiner Partei angehören und die der italienischen Regierung genehm sind. Entsprechend den geistlichen Zielen der katholischen Aktion darf nur die italienische Nationalflagge zeigen. Die katholische Aktion darf in ihrem Programm keinerlei berufliche Ausbildung mehr enthalten und wird ausschließlich die religiöse und geistliche Erziehung zum Ziele haben. Die Jugendverbände der katholischen Aktion können Abzeichen tragen, die jedoch zeigen müssen, daß sie ausschließlich einer religiösen Verbindung dienen. Die Verbände der katholischen Aktion haben sich jeglicher Tätigkeit auf dem Gebiete der Athletik und des Sports zu enthalten.

Ungewisses Schicksal des „Nautilus“.

Oslo, 2. September. In norwegischen Kreisen hegt man Befürchtungen um das Schicksal von Willins U-Boot „Nautilus“, da man seit vier Tagen von den norwegischen Funkstationen aus mit dem U-Boot, das mitten im Padeis liegt, nicht mehr in Verbindung kommen kann.

